

HAMBURG

WELT AM SONNTAG | NR. 34 | 25. AUGUST 2024 | SEITE 1



Jens Jeep will Gendersprache eindämmen, sammelt Stimmen für ein Volksbegehren

Mit seinem pinken Leibchen fällt Jens Jeep auf. So ist es gedacht, denn der 54-Jährige sammelt Stimmen für ein Volksbegehren und die Menschen sollen sehen, dass er da ist – und in möglichst großer Zahl unterschreiben. Am Mittwoch endet die dreiwöchige Frist, in der 65.835 Hamburgerinnen und Hamburger für das Vorhaben der Initiative gestimmt haben müssen. Kommen die Stimmen zusammen, läuft es auf einen Volksentscheid hinaus, bei dem im kommenden Jahr alle Wahlberechtigten in der Hansestadt darüber abstimmen, ob es weiterhin Gendersprache in Schulen, an Universitäten und in der Verwaltung geben kann – oder nicht.

VON JULIA WITTE GENANNT VEDDER

„Es geht darum, dass Sprache so klar und einfach wie möglich sein muss“, sagt Jeep im Gespräch mit WELT AM SONNTAG. Sternchen, Doppelpunkte und Großbuchstaben innerhalb von Wörtern machten Sprache komplizierter. Auch gegen die Doppelnennung etwa von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Schreiben wehrt sich die Initiative. „Die jeweilige Nennung der männlichen und weiblichen Form für eine Personengruppe betont die Unterschiede und schließt diejenigen aus, die sich keinem der beiden Geschlechter zugehörig fühlen.“ Das generische Maskulinum, so Jeep, beziehe schon immer alle Geschlechter mit ein – „nicht nur Männer und Frauen. Wir brauchen deshalb keine weiteren neuen Formen.“

An diesem Tag im eher alternativ geprägten Ottensen hat die Initiative einen schweren Stand. „Das, was ihr macht, ist so scheiße“, schreit ein Vater mit Sohn an der Hand den Unterschriftensammlern im Vorbeigehen zu. „Bei euch unterschreibe ich nichts.“ Eine Frau um die 50 klemmt ihren geflochtenen Einkaufskorb fester unter den Arm und eilt an Jeep vorbei zum Wochenmarkt. „Unglaublich, dass Sie hier stehen“ zischt sie und wirft allen Umstehenden böse Blicke zu.

Der promovierte Jurist Jeep, der sein Notariat nur wenige dutzend Meter entfernt an der Straße Hohenslach hat, nimmt es gelassen. Anfeindungen sind die Mitglieder der Initiative gewohnt – spätestens seit Sabine Mertens, früher einer der führenden Köpfe der Initiative, mit Aussagen aneckte, die ihr als homophob ausgelegt wurden. Gendersprache gehörte für sie zum „feministischen Reinemachen“, schrieb sie etwa in einem Namensbeitrag für ein Magazin.

Stoppt das Gendern

Mittwoch endet die Frist für das Volksbegehren gegen Gendersprache. Die Initiatoren hoffen, dass es für die benötigten fast 66.000 Stimmen reicht. Rot-Grün dürfte die Sammlung gespannt beobachten. Denn sie ist nicht die einzige



Mit diesen Flyern geht die Initiative auf Stimmenfang

Das Hamburger Abendblatt zitierte sie mit der Aussage, Gendersprache sei eine „PR-Maßnahme der LGBTQ-Bewegung“ – und mit dem Satz: „Wenn wir jetzt alle schwul, lesbisch oder trans werden sollen, ist die Evolution zu Ende.“

Jeep schüttelt den Kopf, wenn er an die Aussage denkt. „Hinter unserer Initiative steckt keine Ideologie“, sagt er mit pinker Tüte voller Flyer und Unterschriftenlisten in der Hand. „Die Leute, die bei uns mitmachen, und diejenigen, die bei uns unterschreiben, sind einfach genervt von einer komplizierten Sprache, von der sie das Gefühl haben, dass sie ihnen ohne Nutzen aufgezwungen wird.“ Manchmal werde der Initiative vorgeworfen, frauenfeindlich zu sein, weil sie gegen Gendersprache sei, erzählt Jeep. „Aber das ist Quatsch“, sagt er. Wenn es um eine weibliche Gruppe geht, etwa rein um Lehrerinnen, „dann nennt man sie auch so. Geht es nur um Männer, muss man ‚männliche Lehrer‘ sagen, sonst sind eben alle erfasst. Wenn ich einen Kaufvertrag für eine Frau aufsetze, dann ist sie darin die Käuferin, das ist doch klar.“ Auch privat, betont Jeep, könne selbstverständlich jeder so sprechen, wie er wolle. Aber eben in der Verwaltung und an Schulen sollte es Gendersprache nicht geben. „Das suggeriert, dass nur noch diese Art von Sprache in der Öffentlichkeit gewünscht ist. Und weder Schüler noch Bürger können sich dem entziehen.“

Die Initiative, die in einer ersten Stufe im vergangenen Jahr 16.000 Unterschriften für eine Volksinitiative einreichte, steht damit konträr zum regierenden Hamburger Senat und zur rot-grünen Regierungsmehrheit in der Bürgerschaft. So ist etwa der Koalitionsvertrag von 2020 gegendert, dort ist von „Hamburger*innen“, „Bürger*innenbeteiligung“ oder „Mieter*innenschutzvereinen“ ist die Rede. 2021 beschloss der Senat einen Leitfadens für den Umgang mit geschlechtersensibler Sprache, der insbesondere in der Hamburger Verwaltung Anwendung finden soll. Dabei setzt der Senat auf den Gebrauch von Doppelpunkten, wie etwa bei Mitarbeiter:innen und empfiehlt den Bediensteten der Stadt, auf geschlechterneutrale Formulierungen zu achten.

Die Initiative hingegen fordert, dass sich die staatlichen Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen an die Vorgaben des „Rats für deutsche Rechtschreibung“ halten sollen. Das Gremium war 2004 von den deutschsprachigen Ländern und Regionen in Europa eingesetzt worden. Am 1. Juli 2024 wurde das vom Rat verabschiedete Amtliche Regelwerk unter anderem in Deutschland, Österreich und der Schweiz als verbindlich

anerkannt. „Sonderzeichen innerhalb von Wörtern beeinträchtigen die Verständlichkeit, die Lesbarkeit, die Vorlesbarkeit und die automatische Übersetzbarkeit sowie die Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten“, heißt es darin unter anderem.

Eine Annäherung zwischen der Genderr-Initiative und Rot-Grün hat es – anders als bei anderen Initiativen – bisher nicht gegeben. Sowohl von den Grünen als auch von der SPD hieß es bisher, dass man Gendersprache nicht verbieten wolle. Theoretisch hat die Bürgerschaft jederzeit im dreistufigen Hamburger Volksentscheidungsverfahren die Möglichkeit, das Anliegen der Initiative zu übernehmen. Jeep rechnet jedoch nicht damit. Und so setzt die Initiative alles darauf, dass es zu einem Volksentscheid kommt. Der läuft wie eine Wahl ab. Alle Wahlberechtigten erhalten eine Benachrichtigung und Unterlagen. Am Tag des Entscheids, die Initiative strebt die Bundestagswahl 2025 an, können sie sich dann für oder gegen das Anliegen der Initiative entscheiden.

Sicher ist sich die Initiative keineswegs, dass es am Ende der Frist für die fast 66.000 Unterschriften gereicht haben wird. Bis Donnerstag waren etwa die Hälfte der benötigten Unterschriften eingegangen. „Es läuft viel schwieriger als gedacht“, sagt Jeep, meint damit aber nicht Begegnungen wie jene am Rande des Ottensener Wochenmarkts. Die meisten Unterschriftensammler berichteten von angenehmen Begegnungen und viel Zuspruch für das Anliegen. „Die Mehrheit will keine Gendersprache“, sagt Jeep und verweist auf Umfrageergebnisse. Was der Initiative die Sammlung schwer mache, seien die Ferien. Das versuche man mit speziellen Aktionen, wie etwa der Stimmensammlung am Rande der Robbie Williams Konzerte an der Trabrennbahn Bahrenfeld wettzumachen. „Aber es wird knapp“, so Jeep.

Seit 2014 hat es in Hamburg kein Volksbegehren mehr gegeben. Die letzte Initiative „G9 jetzt – HH“ scheiterte, weil sie nicht ausreichend gültige Stimmen einreichte. Andere Initiativen scheiterten an Einsprüchen von Rot-Grün vor dem Hamburger Verfassungsgericht. Deshalb wird mit großer Spannung auf den Ausgang des Verfahrens der Genderegner geblickt. Auch, weil es direkt am 10. September mit zwei anderen Volksbegehren weitergeht. Die Initiative „G-9 Hamburg“ fordert die Wiedereinführung von einem Abitur im 13. Jahrgang auch an Hamburger Gymnasien. Gleichzeitig beginnt auch die Initiative „Hamburg testet Grundeinkommen“ mit der Unterschriftensammlung zu ihrem Volksbegehren.